



Bundestags- brief

Nr.285 •Die Woche im Bundestag• 26.02.2021



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222
Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

Mit einem digitalen Festakt in der Synagoge zu Köln wurde am vergangenen Sonntag das deutsch-jüdische Jubiläumsjahr eröffnet. Unter dem Titel „#2021JLID – Jüdisches Leben in Deutschland“ sollen in den kommenden Monaten bundesweit mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm die deutsch-jüdische Geschichte und Gegenwart ins öffentliche Bewusstsein gerückt und dem wachsenden Antisemitismus begegnet werden.

Der Bund stellt aus meinem Etat als Beauftragte für Kultur und Medien dafür insgesamt bis zu 1,6 Millionen Euro bereit. Geplant sind fast 1.000 Veranstaltungen und Projekte wie Konzerte, Ausstellungen, ein Podcast sowie verschiedene Musik-, Theater- und Film-Vorhaben. Schirmherr ist Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Mit dem deutsch-jüdischen Jubiläumsjahr zeigen wir, dass jüdische Kultur und Traditionen unser Zusammenleben seit Jahrhunderten prägen. Mit dem Jubiläum und seinen zahlreichen Veranstaltungen verbinden wir den Wunsch, dass sich ein selbstbewusstes Judentum hier in Zukunft noch offener entfalten kann. Für unser Land sind jüdisches Leben und jüdischer Alltag nach den Verbrechen der Nazis und dem Holocaust ein Geschenk und eine große Geste des Vertrauens.

Umso wichtiger ist es angesichts der – vor allem im digitalen Raum – immer hemmungsloser zur Schau getragenen antisemitischen und rechtsextremen Provokationen, frühzeitig und nachhaltig in der Entwicklung junger Menschen zu vermitteln: Jüdisches Leben gehört zu uns! Dafür steht die Bundesregierung auch weiterhin mit allen Kräften ein.

Sinnvolle Lockerungen mit Augenmaß

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion stehen wir zu dem Ansatz, die Schutzmaßnahmen immer auf das jeweilige Infektionsgeschehen abzustimmen. Dabei gilt es nicht nur auf die aktuelle Situation zu blicken, sondern auch Trends und Entwicklungen für die wichtigsten Kennzahlen zu berücksichtigen. Daran sollten wir festhalten.

Mit Blick auf die sozialen und wirtschaftlichen Härten, die die Schutzmaßnahmen - gerade auch im Kultur- und Medienbereich - leider auch mit sich bringen, wollen wir so früh, wie es vertretbar ist, aber auch so sicher wie möglich für mehr Freiräume sorgen.

Unsere Antwort lautet: schützen, testen, impfen. Wichtige Bausteine in der Pandemiebekämpfung sind Corona-Tests und Impfungen. Beide Kampagnen nehmen weiter an Fahrt auf. Die Liefermengen beim Impfstoff erhöhen sich, und die Zulassung eines weiteren Impfstoffs wird bald erwartet. Wir sollten auch auf den Zeitpunkt vorbereitet sein, zu dem die Impfzentren allein den verfügbaren Impfstoff nicht mehr verimpfen können. Hier muss eine klare Strategie greifen, bei der beispielsweise auch Hausärzte eingebunden werden.

Darüber hinaus halte ich es auch für sinnvoll, dass wir zuerst in jenen Bereichen über Öffnungen nachdenken, für die in wissenschaftlichen Studien und Untersuchungen nachgewiesen wurde, dass die Infektionsrisiken vergleichsweise gering sind. Das gilt gerade auch für inzwischen seit vielen Monaten geschlossene Kulturinstitutionen wie zum Beispiel Museen und Theater. Als Kulturstaatsministerin sage ich ganz klar: Kultureinrichtungen waren die ersten, die schließen mussten, sie dürfen jetzt nicht die letzten sein, die wieder aufmachen!

Vier Modernisierungsschritte für ein handlungsstarkes Land

Wir erleben in der schwersten Krise unseres Landes seit 75 Jahren auch viele Stärken unserer Gesellschaft: stabile demokratische Institutionen, hohes bürgerschaftliches Engagement und europäische Solidarität.

Gleichzeitig hat uns die Krise aber auch deutlichen Handlungsbedarf aufgezeigt - bei verwaltungsinternen Planungs- und Entscheidungsprozessen, bei der Digitalisierung des Staates und beim Bevölkerungs- und Katastrophenschutz.

Deshalb sollten wir prüfen, wie unser Staat und die Verwaltung effizienter arbeiten können und sich unsere föderalen Strukturen optimieren lassen. Wir wollen hier Neues wagen.

Es geht darum, die Vorteile der föderalen Ordnung und der kommunalen Selbstverwaltung in das 21. Jahrhundert zu tragen und nicht mehr Zeitgemäβes zu reformieren. Daran wollen wir als Union in den kommenden Wochen und Monaten arbeiten.

Für mehr Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien

Ob es um Honorare und Gehälter, Auftritts- oder Ausstellungsmöglichkeiten, die Vergabe von Preisen und Stipendien oder um die Besetzung von Führungspositionen in Kultureinrichtungen geht – Frauen haben oft noch schlechtere Chancen als Männer.

Deshalb unterstütze ich einen Antrag der Koalitionsfraktionen, der eine Reihe von Maßnahmen fordert, um die Situation von Künstlerinnen und Kreativen spürbar zu verbessern. Zu den Forderungen gehören unter anderem Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und künstlerischem Beruf, mehr Datenerhebungen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern und – nach Geschlechtern getrennt – zur Vergabe von bundesgeförderten Preisen und Stipendien fordert. Jurys und die Aufsichtsgremien des Rundfunks sind ausgewogen zu besetzen. Schließlich sollen zur faireren Bezahlung von Künstlerinnen und weiblichen Kreativen Honorarempfehlungen in den Förderrichtlinien angeregt.

Drittes Corona-Steuerhilfegesetz beschlossen

In zweiter und dritter Lesung haben wir in dieser Woche ein Gesetz verabschiedet, mit dem die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 3. Februar 2021 umgesetzt werden. Neben der Verlängerung der gewährten Umsatzsteuerermäßigung auf Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen bis zum 31. Dezember 2022, ist unter anderem auch der Kinderbonus von 150 Euro für jedes im Jahr 2021 kindergeldberechtigte Kind beschlossen worden.

Verbraucher besser schützen

Mit dem „Gesetz für faire Verbraucherverträge“, das wir in dieser Sitzungswoche in erster Lesung im Plenum des Deutschen Bundestages diskutiert haben, wollen wir dafür sorgen, dass aufdringliche Werbung am Telefon zukünftig der Vergangenheit angehört.

Noch immer werden gerade viele ältere Menschen im Rahmen solcher Anrufe zu überhasteten Entscheidungen und dem Abschluss von Verträgen gedrängt. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Position von Verbrauchern gestärkt, so dass sie nicht mehr so leicht über den Tisch gezogen werden können.

Starker Anstieg von Videotelefonie im Jahr 2020

Im Zuge des Jahres 2020 nahm in vielen europäischen Länder die Nutzung von Videotelefonie über das Internet deutlich zu. Im Jahr 2019 nutzen noch 60 Prozent der Befragten Videotelefonie; im Jahr 2020 waren es schon 69 Prozent. Länder, die einen besonders hohen Anstieg der Internetnutzung für (Video-) Telefonie von 2019 auf 2020 verzeichnen, sind u.a. Irland (mit einem Anstieg um 24 Prozent), Spanien (+22 Prozent), Österreich (+21 Prozent) und Portugal (+17 Prozent). In Deutschland haben letztes Jahr 69 Prozent der Befragten das Internet für Telefoniezwecke benutzt, zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Damit befindet sich Deutschland im EU-Durchschnitt. Laut der Umfrage ist Spitzenreiter bei der Internetnutzung für Telefonie übrigens Kosovo, wo sich 2020 etwa 99 Prozent der Befragten positiv zu dieser Frage äußerten.

(Quelle: Eurostat)